

Die Staatsnotwendigkeit.

Ministerpräsident Dr. A. v. Seidler ist heute vom Kaiser in längerer Audienz empfangen worden. Man bringt diesen Empfang mit der ersten Entwicklung der Dinge im Abgeordnetenhaus in engsten Zusammenhang; die Audienz des Ministerpräsidenten ist die weitere Folge des Dauerministerrates, der am Donnerstag abends bis Mitternacht abgehalten und am Freitag vormittags fortgesetzt worden ist und der unmittelbar nach der Stellungnahme des Budgetausschusses gegen die Staatsschuldenkontrollkommission, auf dem Gipfelpunkte der parlamentarischen Anarchie, wichtige Entscheidungen gefaßt haben soll. Im Abgeordnetenhaus ist vorläufig kein Ausweg aus der vollständig verfahrenen Lage zu erblicken. Die Meldung, daß die Regierung Verhandlungen mit den Polen über das Aufgeben der oppositionellen Haltung des Polenklubs eröffnet habe, erweist sich als unrichtig, zumindest als verfrüht. Doch gewinnt bei der Opposition die Erkenntnis Boden, daß die Opposition gegen das Budgetprovisorium, gegen die Staatsnotwendigkeit, ohne daß die Opposition die Verantwortung für eine andere Regierung übernehmen wollte, sich geradeswegs gegen den Parlamentarismus wendet; die Lage wird dadurch nicht günstiger, daß die einzelnen Parteien der Opposition so verschiedene Ziele verfolgen, daß ein gemeinsames Wirken in positiver Richtung so gut wie ausgeschlossen ist.

Andererseits stehen die deutschen Parteien, die bisher so große Opfer für die Staatsnotwendigkeiten und für das Parlament gebracht haben, auf dem Standpunkte, daß für das Budgetprovisorium keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen, sondern daß die Parteien sich ohne Befriedigung ihrer Sonderinteressen für oder gegen die verfassungsmäßige Fortführung des Staatshaushaltes entscheiden sollen. Hierüber fand heute auch nach der Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes ein Meinungsaustrausch zwischen dem Obmann des Verbandes Abg. Döbernick und den christlichsozialen Führern Abg. Hausner und Baron Fink statt.

Es wird deutlich, daß die Krise weder eine solche des Parlaments, noch eine solche der Regierung sei, sondern daß es sich um die Aufrollung des österreichischen Staatsproblems selbst handelt. Es ist daher ein zielbewusstes und entschiedenes Vorgehen der Regierung notwendig, die den slavischen Parteien und den Sozialdemokraten klarmachen müsse, daß die Fortführung der bisherigen Taktik den Fortbestand des Parlaments in Frage stellen und zu einschneidenden Maßnahmen führen müsse. Die deutschen Parteien sind entschlossen, von der Regierung einen festen Kurs zu verlangen, der die Aufgaben und die Würde des Parlamentes sichert. Es besteht zwischen ihnen eine völlige Einigung über die künftige Taktik.